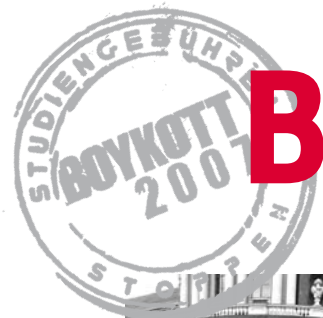


Boykott 2.0

www.boykotthamburg.de

Gebrauchsanleitung

für den Boykott der Studiengebühren
im Wintersemester 07/08
an der Universität Hamburg

6078! – Da geht noch Einiges!

„Education is a Human Right. Not an Economic Good"

V. Muñoz Villalobos, Inspektor der UN-Menschenrechtskommission für Bildung

Impressum:
V.i.S.d.P.:
Verein zur Förderung eines gebührenfreien Studiums an der Universität Hamburg
c/o fsr-Medienkultur Universität Hamburg,
von Melle Park 6, Raum 715,
20146 Hamburg

eMail:
Kontakt: **info@izshamburg.de**
Treuhandkonto/rechtliche Fragen: **ag.recht@izshamburg.de**
Internet:
www.boykotthamburg.de
www.izshamburg.de

Spendenkonto:
(nur für Spenden! **Nicht** für Studiengebühren!)
Hamburger Bank, BLZ 201 900 03
Kontonr: 88400409
Inhaber: Verein z. Förderung Uni HH
Stichwort: Boykott2.0

Inhalt und Gestaltung:
Offene Boykottgruppe Hamburg
Auflage: 20.000

Druck:
Drucktechnik
Große Rainstraße 87
22765 Hamburg

Hinweis:
Bitte keine Anfragen an Rechtsanwalt Martin Klingner, sondern nur an ag.recht@izshamburg.de

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!
Nach der beachtlichen Beteiligung von 6078 Studierenden am Studiengebührenboykott des Sommersemesters 2007, freuen wir uns, mit Euch in die entscheidende zweite Runde zu gehen. Damit jedeR die Möglichkeit hat sich eingehend zu informieren, haben wir diese Broschüre erstellt.

Warum wir die Studiengebühren boykottieren werden:
Seit dem letzten Semester kostet das Studium an den Universitäten in Hamburg insgesamt ca. 1500€ pro Jahr. Das so genannte „Studienfinanzierungsgesetz" des Hamburger CDU-Senats wurde trotz vielfältiger Proteste eingeführt und hat zur Folge, dass das Hochschulstudium an den Hochschulen in Hamburg jetzt noch stärker von dem Geldbeutel der Studierenden bzw. dem ihrer Eltern abhängig ist als zuvor. Wer aus einer finanzschwachen Familie kommt und ein Hochschulstudium aufnehmen möchte, kann dies nur um den Preis der Verschuldung tun.
Bildung wird im Zuge dieser Politik zu einer Ware gemacht und nur noch aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive betrachtet. Die Hochschulen werden zu Bildungsfabriken umfunktionalisiert, die sich auf dem nun entstehenden Bildungsmarkt positionieren sollen und bei denen man sich eine Berufsausbildung erkaufen soll.
Dass Bildung mehr sein sollte als wirtschaftlich verwertbares Wissen, war bisher Konsens in der Tradition der Aufklärung und ist so auch in Artikel 13 des von der Bundesrepublik Deutschland und 155 anderen Ländern ratifizierten Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) festgehalten:

„1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. [...]
2. Die Vertragsstaaten erkennen an, dass [...]
(c) der Hochschulunterricht für alle gleichermaßen zugänglich gemacht werden muss, auf der Basis der Kapazität, mit jedem geeigneten Mittel und ***insbesondere durch die schrittweise Einführung der Unentgeltlichkeit.*** *[...]*" (http://www.ohchr.org/english/law/cescr.htm)

Die zurzeit forcierte Privatisierung von Bildung steht hierzu im krassen Gegensatz. Studiengebühren werden die ohnehin schon existierenden Ungerechtigkeiten und Tendenzen zur Diskriminierung (z.B. von SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten) im deutschen Bildungssystem noch verschärfen, die erst im März 2007 vom Inspektor der UN-Menschenrechtskommission für Bildung, Vernor Muñoz, erneut festgestellt wurden. Auch das Argument, die Qualität der Lehre würde sich durch die Einnahmen aus den Studiengebühren verbessern, ist fadenscheinig, denn die Hochschulen sind schon seit Jahren so stark unterfinanziert, dass die ca. 20-30 Millionen Euro zusätzlichen Einnahmen durch Studiengebühren nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, besonders vor dem Hintergrund, dass schon weitere Kürzungen der Hochschuletats geplant sind. Gemessen am Beispiel des Hamburger Doppelhaushalts 2007/08 würden z.B. 27 Millionen Euro aus Studiengebühren gerade mal 5% des Etats Universitätsbildung ausmachen (http://fhh.hamburg.de).

Weil wir diese rücksichtslose Politik grundsätzlich ablehnen, ist unser Ziel, die Studiengebühren mit einer gemeinsamen Zahlungsverweigerung wieder abzuschaffen.

Warum die Bedingungen für einen Boykott in Hamburg besonders günstig sind:

• Im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden die Studiengebühren immer unabhängig vom Semesterbeitrag erhoben. Dadurch ist man bereits vor Fälligkeit der Studiengebühren für das betreffende Semester rückgemeldet. Laut Hamburger Hochschulgesetz darf ausschließlich zum Ende der Rückmeldefrist exmatrikuliert werden (siehe S. 8f.). Somit kann bei Nichtzahlung der Studiengebühren frühestens zum Ende des Semesters exmatrikuliert werden. Wir können also ohne das Risiko mitten im Semester exmatrikuliert zu werden gemeinsam die Studiengebühren boykottieren. Außerdem gibt uns der Zahlungstermin mitten im Semester viel Zeit die Studierenden vom Boykott zu überzeugen.
• An der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) wurde im Mai 2007 das Quorum von 3200 mit 2800 TeilnehmerInnen nur sehr knapp verfehlt.
• Die Univerwaltung war

und ist mit der Erhebung der Studiengebühren und der Bearbeitung der Befreiungsanträge offensichtlich völlig überfordert.

• Schon durch die Boykottkampagne im letzten Semester sind Studiengebühren wieder zum politischen Thema geworden und stark in die öffentliche Kritik geraten. In einer Befragung der Hamburger Parteien wird von der SPD zum Thema Studiengebühren gesagt: „Wir werden sie für das Erststudium abschaffen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.“ Die GAL sagt: „Wir sind für ein gebührenfreies Erststudium bis zum Masterabschluss.“ (Hamburger Morgenpost 7.8.2007)

Warum die Vorraussetzungen für den Boykott 2.0 noch besser sind:

• weil die 300 Boykottierenden der Hochschule für bildende Künste die Wissenschaftsbehörde schon in große Legitimationsschwierigkeiten gebracht haben.

• weil sich bereits im Sommersemester gezeigt hat, dass unser Boykottkonzept mit Treuhandkonto einwandfrei funktioniert.

• weil niemand wegen der Teilnahme in Schwierigkeiten geraten ist.

• weil die Drohung der Uni, sofort zu exmatrikulieren rechtlich völlig haltlos ist (siehe S. 8f.) .

• weil das Konzept des AStA allein auf Befreiungsanträge zu hoffen und den Boykott zu sabotieren, weder die Studiengebühren in Frage stellt, noch bei den Studierenden besonders gut ankommt (von 400 Befragten sprachen sich 75% für eine Boykottunterstützung des AStA aus).

• weil sich laut unserer Umfrage 75% der befragten 400 Studierenden aus unterschiedlichen Fachbereichen vorstellen können, am Boykott 2.0 teilzunehmen.

Hinzu kommt, dass im Februar 2008 die Hamburger Bürgerschaft neu gewählt wird. Wenn wir den Boykott jetzt durch das Erreichen unseres Quorums mitten im Wahlkampf in Kraft setzen und halten, wird der Senat darauf reagieren müssen und außerdem die Opposition zu konkreten Aussagen gezwungen sein.

Die Abschaffung der Studiengebühren ist zum Greifen nah: Schon die 300 Boykottierenden der HfBK haben den Senat ins Schwitzen gebracht. Wenn wir mit 9000 Studierenden gemeinsam die Zahlung verweigern, können wir die Studiengebühren in Hamburg ein für allemal zu den Akten legen!

Zudem wird sich die Frage nach Studiengebühren dann in der gesamten Bundesrepublik ganz neu stellen.

Zusammen können wir tatsächlich viel bewegen! Ihr habt es in der Hand!

So funktioniert der Boykott

Das Boykottprinzip
Gemeinsam mit einem Drittel der zahlungspflichtigen Studierenden wollen wir die Zahlung der 500 Euro Studiengebühren verweigern und die Gebührenfreiheit des Studiums durchsetzen. Mit diesem Akt des zivilen Ungehorsams richten wir uns gegen die Privatisierung und Entdemokratisierung von Bildung. Wenn wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Studiengebührenabschaffung zu *dem* öffentlichen Thema, d.h. Wahlkampfthema wird, dann stehen die Chancen gut, dass die Studiengebühren so schnell verschwinden wie sie aufgetaucht sind.

Das Quorum von 9000 BoykotteurInnen
Laut der „kleinen Anfrage" der GAL an den Hamburger Senat vom Juni 2007 gab es an der Universität Hamburg im Sommersemester 2007 36.531 Studierende, von denen über 9.000 von den Studiengebühren befreit wurden. Es gibt also ca. 27.000 zahlungspflichtige Studierende, wovon ein Drittel 9.000 sind. Dies ist die von uns gewählte Mindestteilnehmerzahl (das Quorum) für den Boykott 2.0.
Wichtig: Im laufenden Semester darf aus rechtlichen Gründen nicht exmatrikuliert werden, aber auch politische und wirtschaftliche Gründe sprechen gegen eine Exmatrikulation. (siehe Artikel „Was passiert, wenn das Quorum erreicht wurde?" S.8)

Das Treuhandkonto
Das Treuhandkonto wurde bereits im vergangenen Sommersemester von dem Anwalt Martin Klingner für uns eingerichtet und verwal-

Der Stichtag 14.12.07

Die **Zahlungsfrist der Uni** ist Samstag, der **15.12.2007**. Da wir, wie im letzten Semester, per Eilüberweisung das Geld am selben Werktag auf das Konto der Uni überweisen können, muss Dein Geld spätestens am Vormittag des **14.12.2007** bei uns eintreffen. Das heißt:

Bis 11.12. kannst Du Deinen Überweisungsträger bei der Bank **einwerfen**.

Bis 12.12. kannst Du **online** überweisen.

Bis 13.12. kannst Du **Eilüberweisungen** tätigen: Eine Eilüberweisung kann am Schalter aufgegeben werden und ist kostenpflichtig (je nach Bank verschiedene Konditionen).

Boykott ohne Geld

Wer nicht die Möglichkeit hat, 500 Euro aufzubringen, um diese auf das Boykottkonto zu zahlen, kann selbstverständlich auch am Boykott teilnehmen. Hierfür ist eine persönliche Abmachung mit dem Vereinsvorstand notwendig.
Terminvereinbarung über:
ag.recht@izshamburg.de

tet. Unsere rechtsverbindlichen allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sind so gestaltet, dass mit dem Geld ausschließlich nach folgenden zwei Grundregeln verfahren wird (dies hat im vergangenen Sommersemester reibungslos funktioniert):

I. Für das Geld gibt es nur zwei Wege: entweder zur Uni oder zu Dir zurück.

II. Du kannst Dein Geld jederzeit - unter Nennung Deiner Matrikelnummer, Deines Vor- und Nachnamens und Deiner Kontodaten - über die Mailadresse ag.recht@izshamburg.de **zurückfordern** oder Änderungen der im Folgenden erläuterten (nicht zwingend notwendigen) Boykott-Optionen RÜCK und EXTRA durchführen.

Wichtig: Am besten überweist Du so früh wie möglich, da wir die Anzahl der TeilnehmerInnen regelmäßig veröffentlichen und so andere ermutigt werden mitzumachen.

Im Verwendungszweck bestimmst Du, was mit Deinem Geld passieren soll:

1. Boykottieren
(im Verwendungszweck des Ü-Trägers stehen Deine Matrikelnummer, Dein Vor- und Nachname z.B.: „5678910[Leerzeichen]Stefan[Leerzeichen] Mueller“)

Wird das Quorum über 9000 Studierende am 15.12. erreicht, verbleibt das Geld auf dem Treuhandkonto bis entweder durch den Boykott das Studium wieder gebührenfrei ist und das Geld danach an Dich zurückgezahlt wird, oder absehbar ist, dass der Boykott die Gebührenfreiheit des Studiums nicht durchsetzen kann und Dein Geld an die Uni weiterüberwiesen wird.
Wird das Quorum am 15.12. nicht erreicht, werden Deine 500 € fristgerecht auf das Konto der Uni überwiesen.

2. Boykottieren mit Option „RÜCK“
(im Verwendungszweck des Ü-Trägers stehen Deine Matrikelnummer, Dein Vor- und Nachname und das Kürzel RÜCK z.B.: „5678910[Leerzeichen]Stefanie[Leerzeichen]Mueller [Leerzeichen]RÜCK“)

Funktion: Wird das Quorum von 9000 BoykotteurInnen zum 15.12., dem Stichtag, nicht erreicht, werden die 500 € an Dich zurückü-berwiesen und sind ca. am 18.12. wieder auf Deinem Konto.
Diese Option sollten Leute benutzen, die auch einen Stundungs-, Befreiungs, oder Erlassantrag von Studiengebühren gestellt haben und noch keinen Bescheid auf diesen bekommen haben (siehe Kasten).

Da im letzten Semester viele enttäuscht waren, dass mit 6078 TeilnehmerInnen der Boykott abgebrochen wurde und sich immer klarer herausstellt, daß vor Semesterende (31.3.08) nicht exmatrikikuliert werden darf,haben wir uns eine zusätzliche Option überlegt:

und nicht an Rechtsanwalt Martin Klingner, da dies unnötige Kosten zur Folge hat.

3. Boykottieren mit Option „EXTRA“
(im Verwendungszweck stehen Deine Matrikelnummer, Dein Vor- und Nachname und das Kürzel EXTRA z.B.: „5678910[Leerzeichen]Stefanie[Leerzeichen]Mueller[Leerzeichen]EXTRA“)

Funktion: Die 500 € verbleiben auf dem Konto, egal ob am 15.12. das Quorum von 9000 erreicht wird oder nicht. Du kannst natürlich jederzeit das Geld per Mail an ag.recht@izshamburg.de zurückfordern. Im Falle des Abbruchs des Boykotts nach dem 15.12. bekommst du das Geld in jedem Fall zurück auf dein Konto überwiesen und Du entscheidest danach was weiter mit Deinem Geld geschieht. Der Zusatz „EXTRA“ auf dem Überweisungsträger beinhaltet also schon den Zusatz „RÜCK“. Dieser muss NICHT zusätzlich angegeben werden.
Diese Option sollten Leute benutzen, die ihren Boykottwillen auf jeden Fall zum Ausdruck bringen wollen und die sich im Zeitraum bis zum 31.03.2008 von haltlosen Exmatrikulationsdrohungen seitens der Universität nicht beeindrucken lassen. (siehe Artikel „Was passiert, wenn das Quorum erreicht wurde? “ S. 8)

Boykott und Befreiungsantrag

Wir raten Dir neben der Teilnahme am Boykott **auch einen Befreiungsantrag** zu stellen. Wie das genau geht, erfährst Du in der Rechtsberatung und auf der Homepage des AStA. Du solltest dann aber **auf jeden Fall die Option RÜCK oder EXTRA** wählen, damit Dein Geld nicht an die Uni geht bevor über Deinen Antrag entschieden ist.

Der AStA möchte den Boykott nicht unterstützen und meint, es würde ausreichen, Erlass- bzw. Befreiungsanträge zu stellen. Dieses Vorgehen stellt die Studiengebühren jedoch nicht prinzipiell in Frage und wird auch nicht zu ihrer Abschaffung führen, weder für alle, und, wenn Dein Antrag abgelehnt wird, was sehr wahrscheinlich ist, auch nicht für Dich.

Hinweis: Du kannst über ag.recht@izshamburg.de Deine Entscheidung jederzeit verändern.
Bitte Nachfragen **nicht** an Rechtsanwalt Martin Klingner, da dies unnötige Kosten zur Folge hat.

Was passiert, wenn das Quorum erreicht wurde?

Rechtliche Fakten:
Die BoykotteurInnen der Hochschule für bildende Künste (HfbK) und der TU haben im vorigen Semester bewiesen, dass die rechtliche Überzeugung unserer Anwälte richtig war, dass nämlich innerhalb des Boykottsemesters nicht exmatrikuliert werden darf. Das Verwaltungsgericht hat mit dem Beschluss vom 22.08.2007 - 19 K 2744/07 in Reaktion auf einen Antrag auf Prozesskostenhilfe durch einen Studenten der TU nicht nur die Prozesskostenhilfe bewilligt, sondern im gleichen Zug auch der TU mitgeteilt, dass man die Exmatrikulation im laufenden Semester für rechtswidrig halte.[1] Was rechtlich für die TU und HfbK gilt, gilt auch für unsere Universität:
Wichtig: Bis zum Ende des Wintersemesters (31.03.2008) kann niemand exmatrikulatiert werden!

Politische Auseinandersetzung:
Die BoykotteurInnen der HfbK halten ihre Studiengebührenzahlungen seit dem 15. Juni 2007 zurück, ohne exmatrikuliert zu werden. Das sind 2 ½ Monate. Überträgt man diese Zeitspanne auf den Stichtag am 15. Dezember, fällt unser Boykott 2.0 voll in die heiße Endphase des Bürgerschaftswahlkampfes im Februar 2008. Die politischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Boykott sind also bestens, zumal sich SPD und GAL in ihrem Wahlprogramm gegen Studiengebühren positionieren. Ob sie dieses Wahlversprechen auch einhalten und ob es überhaupt zu einem Regierungswechsel kommt, hängt unserer Ansicht nach auch davon ab, wie viel politischen Druck wir gesamtgesellschaftlich in der Zwischenzeit ab Erreichen des Quorums am 15. Dezember aufbauen.

Ein Blick in die Geschichte:
Dass ein Boykott an der Uni erfolgreich sein kann, zeigte sich bereits 1970, als an der Uni Hamburg das Hörergeld - die damalige Variante von Studiengebühren - durch einen Boykott abgeschafft wurde.

Habe ich Zugriff auf mein Geld?
Das Treuhandkonto, auf das Du die 500 € eingezahlt hast, funktioniert nur in zwei Richtungen: zurück auf Dein Konto oder auf das Konto der Universität. Du kannst jederzeit per Mail an uns (ag.recht@izshamburg.de) - unter Angabe Deines Namens, Deiner Matrikelnummer und Deiner Kontonummer - verfügen, dass das Geld zurück auf Dein Konto soll oder vorzeitig auf das

[1] Wörtlich heißt es in diesem Schreiben: „Die Voraussetzungen des § 46 Abs. 2 Nr. 5 HmbHG liegen nicht vor, da die Studiengebühr erst zu einem Zeitpunkt fällig wurde, als bereits die Rückmeldefrist zum SS 2007 abgelaufen war."

der Universität. Die AGB und Vereinssatzungen sind in Zusammenarbeit mit unseren Rechtsanwälten mehrfach gründlich geprüft worden, denn auch wir wollen einen sicheren und erfolgreichen Boykott.

Können tatsächlich tausende Studierende exmatrikuliert werden?

- Aus rechtlichen Gründen: nein, weil dies im laufenden Semester rechtlich unmöglich ist. Die Universitätsleitung wird zwar Drohbriefe an Euch schicken, die aber rechtlich gegenstandslos sind. Das bedeutet, wir haben bis Ende März Zeit, das Quorum zu halten, ohne dass irgendjemand exmatrikuliert wird.

- Aus politischen Gründen: nein, weil durch die hohe Anzahl an BoykotteurInnen wir außerdem -und das ist das Entscheidende- eine politische Ebene erreicht haben, die sich nicht wegdiskutieren lässt. Egal welche Partei: es wäre ein bildungspolitisches Desaster, ein Drittel der Studierenden zu exmatrikulieren, noch dazu im Bürgerschaftswahlkampf.

- Aus wirtschaftlichen Gründen: nein, weil sich die Höhe des Universitätsetas aus den öffentlichen Geldern anhand der Zahl der AbsolventInnen bemisst. Würden z.B. 9.000 Studierende exmatrikuliert, erhielte sie ein Viertel weniger Finanzmittel.

Mitbestimmung der BoykotteurInnen:
Grundsätzlich gilt, dass alle Entscheidungen während des Boykotts öffentlich und transparent gemacht werden. So werden beispielsweise die **Anzahl der aktuellen BoykottteilnehmerInnen auf der Hompage** und an den Info-Tischen veröffentlicht.

Informiere Dich, rede mit und mach mit!

- **Komm zum offenen Boykottplenum in der T-Stube (montags 18 Uhr, Pferdestall 1. Stock, Allende Platz1).**

- Informiere Dich auf unserer Homepage:

www.boykotthamburg.de

Du findest dort auch wichtige weiterführende Informationen und Links.

- Trage Dich auf unseren Verteiler ein (Link auf der Homepage)

Eine kleine Geschichte der Entdemokratisierung der Universität

Wer macht eigentlich den Boykott? Wer ist diese Boykottgruppe? Macht da nicht auch der AStA mit? Und warum kann man die Abschaffung der Studiengebühren nicht über die Gremien der Universität selbst erreichen, die müssten das doch entscheiden können, oder?
Können sie leider nicht - da das Mitbestimmungsrecht der Universitätsmitglieder in den letzten Jahren kontinuierlich eingeschränkt wurde. Wie konnte es dazu kommen?

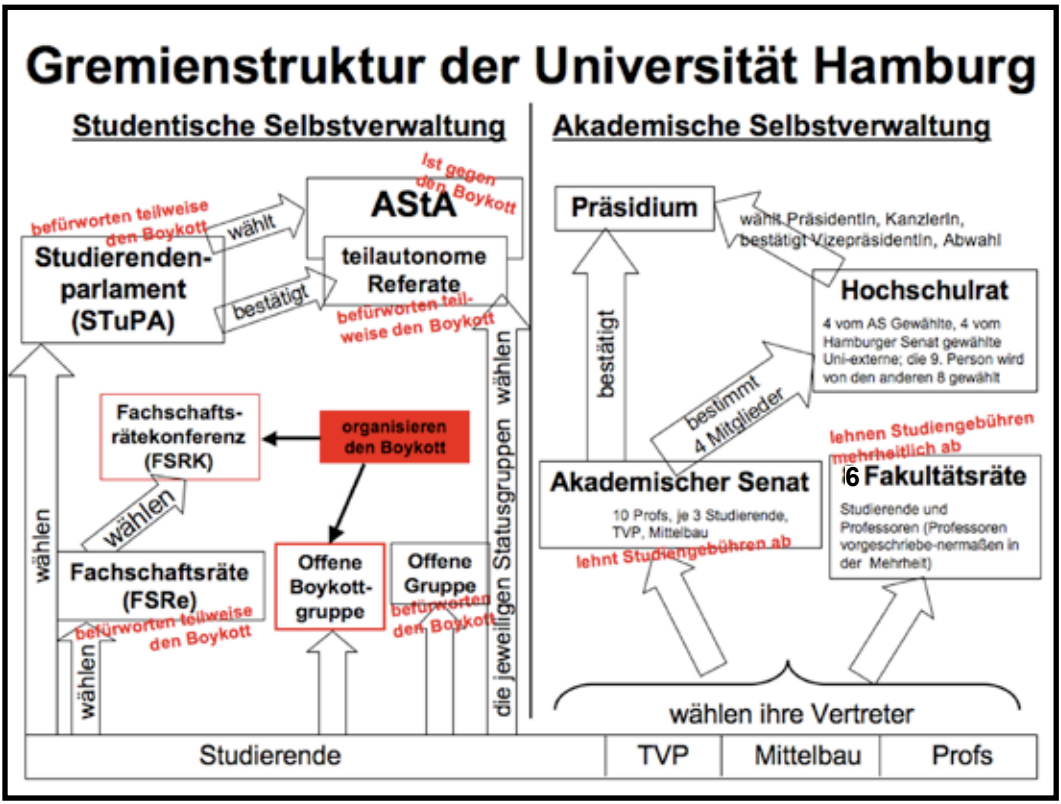
Alles begann in den 60er Jahren, als die Nachkriegszeit einen neuen Zeitgeist formte: Es kochte und brodelte in den bundesdeutschen Großstädten Hamburg, Berlin und München. Unter den Studierenden der Uni Hamburg wurde der Unmut über das völlig veraltete und streng hierarchisch strukturierte Bildungssystem immer lauter. Sie forderten Mitbestimmungsrechte und endlich die Abschaffung der Ordinarienuniversität (Professoren haben einen festen Lehrstuhl und besitzen nahezu alle Verfügungsgewalt an der Universität).
Aufgrund dieser Proteste und dem politischen Druck, der von den Studierenden aufgebaut wurde, verabschiedete der Senat 1969 das Hamburgische Universitätsgesetz, welches als erstes Hochschulreformgesetz eine bundesweite Vorbildfunktion hatte.
Neue Gremien wurden ins Leben gerufen, so z.B. das StuPa (Studierendenparlament) in dem nun auch die Studierenden selbst ihre Interessen vertreten konnten. Außerdem wurden Gremien zur akademischen Selbstverwaltung eingesetzt: der große Senat sowie der Akademische Senat, in denen Studierende, Professoren und Verwaltungspersonal zu gleichen Teilen saßen.
All das, was die Studierenden in den 60er Jahren an demokratischen Gremien und Mitbestimmungsrechten erkämpft hatten, wurde uns in den letzten acht Jahren Stück für Stück wieder entzogen.
Vielleicht merkt es ja keiner...

Doch, wir haben es bemerkt! Das, was 1999 mit dem Bologna-Prozess beginnt, setzt Wissenschaftssenator Jörg Dräger 2001 mit emsigen Enthusiasmus fort: Eine Strukturkommission wird eingesetzt und 2003 steht dem Hochschulmodernisierungsgesetz nichts mehr im Wege. Die wesentlichen Neuerungen sind die Einsetzung eines Hochschulrates sowie die Zerschlagung der Fachbereiche in Fakultäten.
Das 1969 erkämpfte Gremium, welches sich Großer Senat bzw. Universitätskonzil nannte, war aus gleichen Teilen von Professoren (39), wissenschaftlichen Mitarbeitern (dem sog. Mittelbau) (40) und studentischen Vertretern (40) zusammengesetzt sowie 10 Vertreter des technischen und Verwaltungspersonals. Dieses Gremium hatte praktisch die höchste Entscheidungsgewalt an der Universität. Es wird jedoch 2003 durch den fremdbestimmten Hoch-

schulrat ersetzt, welcher nun nur noch aus neun Vertretern/innen besteht, von denen fünf aus der Wirtschaft kommen bzw. universitätsfern sind und von der Bildungsbehörde berufen werden. Als VertreterInnen der Wirtschaft sitzen zurzeit folgende Personen im Hochschulrat: Dr. Harald Vogelsang, Vorstandssprecher der Finanzholding der Hamburger Sparkasse und Mitglied im Ausschuss der Finanzwirtschaft und im Rechtsausschuss der Handelskammer Hamburg, Johann C. Lindenberg, ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsführung der Unilever Deutschland GmbH, Dr. Doris André von British American Tobacco und Maria von Welser, Direktorin des NDR-Landesfunkhauses in Hamburg.
Dieses neue, zusammengeschrumpfte Gremium, in dem keine studentische Vertretung mehr vorhanden ist, übernimmt es nun, über die Belange der Universität zu entscheiden. Es wählt den Präsidenten/die Präsidentin, verfügt über die Finanzplanung und die Vergabe der Mittel und trifft außerdem sämtliche Entscheidungen bezüglich der Struktur und Entwicklung der Universität. So wurden z.B. die vormals existierenden 18 Fachbereiche zu 6 Fakultäten zusammengefasst, die, genauso wie ein Wirtschaftsunternehmen, nach dem Konkurrenzprinzip funktionieren sollen. Von 1969 bis heute hat also zugleich ein Abbau an studentischer Mitbestimmung als auch ein Paradigmenwechsel des Bildungsbegriffs stattgefunden.
Das Schaubild auf der nächsten Seite soll die Strukturen der Universität verdeutlichen.

Auch wenn wir die Unterstützung einiger Fakultätsräte haben und der Akademische Senat sich gegen Studiengebühren positioniert, hilft uns dies nur bedingt, da auch diese Gremien kein Mitbestimmungsrecht haben. Wenn wir als StudiengebührengegnerInnen also unsere Ansichten vertreten wollen, sind wir darauf angewiesen, außerhalb der universitären Gremien zu agieren.
Aufseiten der Fachschaftsräte gibt es einige, die bereit sind, sich finanziell und personell für den Boykott zu engagieren. Was jedoch den momentanen AStA betrifft, zeigt sich eine widersprüchliche Haltung: Einerseits spricht er sich gegen Studiengebühren aus, andererseits behindert er jedoch die Durchführung des Boykotts und ist der Auffassung, mit dem Stellen von Befreiungsanträgen ein Gesetz abschaffen zu können. Wir halten dies für wenig glaubwürdig und im Hinblick auf ein gebührenfreies Studium auch wenig zielführend.

Wir können unsere Interessen momentan also nur außerhalb der universitären Gremien wirkungsvoll artikulieren und durchsetzen. Lasst uns alle gemeinsam als Studierende der Universität Hamburg die Demokratie zurück an die Universität holen. Es ist immer noch unsere Universität und wenn wir nicht mehr gehört werden, dann müssen wir uns eben Gehör verschaffen!



Schaffen können wir`s nur zusammen!

„Was ist aus meinem Befreiungs-/Erlassantrag geworden?“ war eine Frage, die uns im vergangenen Boykottsemester am Infotisch gestellt wurde- und das nicht nur einmal. Abgesehen davon, dass diese Frage ausschließlich vom Zentrum für Studierende der Uni beantwortet werden kann, zeigt sie, dass viele Studierende sich nicht darüber im Klaren waren (und sind?), dass der Boykott von Studierenden freiwillig organisiert wird und dass wir uns nicht als Serviceunternehmen verstehen. Das heißt, dass einige von uns zusätzlich zum Studium 20 Stunden und mehr pro Woche unentgeltlich arbeiten, um die Abschaffung des Gesetzes zur Erhebung der allgemeinen Studiengebühren zu erreichen.

Trotzdem ist es für die offene Boykottgruppe allein schwierig, tausende Studierende zu erreichen. Das bedeutet, dass Deine Hilfe gebraucht wird und dass auch Du Verantwortung übernehmen solltest, wenn wir gemeinsam die Studiengebühren abschaffen wollen.

So war es z.B. im letzten Semester aus Personalgründen problematisch, campusfernere Fachbereiche zu erreichen. Wenn Du also z.B. Studierende(r) der Biologie und Chemie

bist, der Medizin oder der Physik, dann wäre es sehr hilfreich, wenn Du, ggf. mit Freundin oder Freund, für Deinen Fachbereich mit Sorge trägst oder uns einfach Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die Verbreitung der Idee des Gebührenboykotts in Deinem Fachbereich mitteilst. (Mail an: info@izshamburg.de)
Viele sind verständlicherweise mit Studium und Arbeit so belastet, dass sie nicht die Zeit finden, sich mit den wichtigen gesellschaftlichen Fragen, die sich an der Oberfläche z.B. als Studiengebührenboykott zeigen, auseinanderzusetzen. Solltest du von der Idee des Boykotts überzeugt sein, bitten wir Dich, diese Studierenden mit einzubeziehen und sie von unserer Initiative zu überzeugen.

Um einen Beitrag für den Studiengebührenboykott zu leisten, musst Du also nicht gleich Dein Studium einschränken. Auch nur mit etwas Zeit kannst Du bereits mehr für den Erfolg des Boykotts tun, als nur auf das Konto einzuzahlen:

Wenn Du wenig oder keine Zeit hast, kannst Du…
…Deinen KommilitonInnen sagen, dass Du schon mitmachst.
…mit Deinen KommilitonInnen über den Boykott reden.

Wenn Du nur wenig Zeit hast aber mutig bist, kannst Du…
…in Deinen Seminaren, in Vorlesungen und in Deinem Freundeskreis für den Boykott Werbung machen.
…an Studierende, die interessiert sind, diese Broschüre in Seminaren und Vorlesungen verteilen.

Wenn Du eine Freistunde hast, kannst Du…
…eine Wochenschicht an Infotischen z.B. im Philturm Foyer, im WiWi-Bunker, bei den Chemikern & Biologen, im PI oder im Geomatikum übernehmen. Vorliegende Broschüre kann dabei als Informationsgrundlage bzw. Leitfaden dienen.

Wenn Du dabei gleich noch mehr KommilitonInnen erreichen willst, kannst Du…
…Dich in die Zeitpläne an der Infotischpinnwand für das Besuchen von Vorlesungen und Seminaren eintragen. Diese intensive 2-wöchige Boykottwerbeaktion wird zwischen dem 12.11. und 23.11.2007 stattfinden.

Wenn Du mehr Zeit investieren willst und kannst…
…dann komme zu unseren Treffen, bringe Dich und Deine Ideen ein. Du wirst sehen, sich zu engagieren macht Spaß!
Wir treffen uns montags um 18:00 Uhr in der T-Stube im Pferdestall, 1. Stock, Allendeplatz 1.

Weitere Informationen auf unserer homepage:

www.boykotthamburg.de

und über Mail an
info@izshamburg.de

Hilf mit, auf dass wir das Boykottquorum erreichen!

Kritische Stimmen

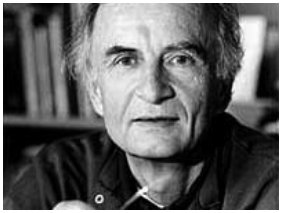
Aus der Broschüre „Der Boykott der Studiengebühren - eine Aktion zur sozialen Emanzipation“

Wolfgang Rose
Landesbezirksleiter ver.di Hamburg

„[...] Nie gab es soviel Armut bei so viel Reichtum, nie wurde so tief in das Soziale, in Bildung und Kultur geschnitten, nie waren öffentliche Unternehmen so in Gefahr, nie wurde es Millionären so einfach gemacht, Steuern zu hinterziehen. Und nie waren Volks-Entscheide, Bürgerbeteiligung und Minderheitenmeinungen so wenig wert. Studiengebühren sind Teil dieser unsozialen Politik. [...]“

Klaus Bullan
GEW-Vorsitzender Hamburg

„[...] Studiengebühren sind ein weiterer Schritt weg von der staatlich garantierten Bildung für alle hin zu einer Privatisierung der Bildung. Wie an Kindertagesstätten und zunehmend an den Schulen, wo Vorschulgebühren, Büchergeld und Nachhilfeunterricht von den Familien bezahlt werden müssen, wird die Einführung von Studiengebühren die öffentliche Verantwortung für Bildung zurückdrängen. Die Folgen sind eine weitere Verschärfung der sozialen Schieflage in dieser Gesellschaft, die Verlagerung von Bildungskosten von allen Steuerzahlern auf die Familien mit Kindern und die Kommerzialisierung von Bildung. Bildung als Menschenrecht und gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird privatisiert. Auch das ist Teil der „Bildungswende“ a la CDU in Hamburg! [...]“



Prof. Dr. Norman Paech
Hamburger Bundestagsabgeordneter für Die LINKE., em. Professor an d. Hochschule für Wirtschaft u. Politik

„[...] zudem gefährden derartige Maßnahmen, die von weiteren Kürzungen der universitären Kapazitäten, ja der Einstellung ganzer Ausbildungsbereiche vor allem der Geisteswissenschaften begleitet sind, den kritischen Anspruch der Wissenschaft. Sie wird immer mehr unter das Gebot der schnellstmöglichen Verwertbarkeit der Einzelnen im Arbeitsprozess gestellt. Das ist für die Anforderungen vollkommen veränderter Berufslebensläufe in der Zukunft kontraproduktiv und schädlich. Persönliche Entfaltung und der Beitrag der Wissenschaft zur humanen Entwicklung der Welt bleiben dann auf der Strecke. Gerade Hamburg hatte diesbezüglich schon mehr entwickelt, z. B. mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, mit der ehemaligen gewerkschaftlich orientierten Hochschule für Wirtschaft und Politik. Die Auswirkungen der Globalisierung und die zunehmende Militarisierung internationaler Beziehungen machen kritische Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung erforderlicher denn je. Studiengebühren und die immer stärkere Ausrichtung auf fremdbestimmte Drittmittelforschung führen jedoch

zum genauen Gegenteil. Ich unterstütze daher nachdrücklich den Boykott der Studiengebühren und wünsche den Hamburger Studierenden viel Erfolg.“

Dr. Heike Opitz
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Wissenschaftspolitische Sprecherin der GAL-Fraktion

„[...] Studiengebühren sind kein Weg, die Probleme im Hochschulbereich zu lösen. Stattdessen bewahrheiten sich durch die aktuellen Ereignisse die Befürchtungen der Gebührengegner - die Studiengebühren führen zu einer noch stärkeren sozialen Spaltung der Gesellschaft. [...]
Eine Befreiung von den Gebühren für die Tätigkeit in einer studentischen oder akademischen Selbstverwaltung ist nicht vorgesehen. Dabei geht sogar das Hamburger Hochschulgesetz davon aus, dass die Beteiligung der Studierenden an der Selbstverwaltung der Hochschulen ein Recht der Studierenden ist und dies zu keiner Benachteiligung der Studierenden führen darf. Die Verzögerungen, zu denen ein solches Engagement führt, dürften also nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden. Genau das will aber der Senat - und verweigert damit den Studierenden, an der demokratischen Verfasstheit der Hochschulen mitzuwirken. Lasst Euch nicht abkassieren - Wehrt Euch! Die Auseinandersetzung um Studiengebühren in Deutschland hat erst begonnen. Der politische und juristische Protest der Studierenden wird darüber entscheiden, wie unsozial und undemokratisch es in den Hochschulen zugehen wird. Stellt einen Antrag auf Befreiung von den Studiengebühren, beteiligt Euch an den studentischen, politischen und juristischen Aktionen, um den Anspruch auf ein Studium ohne Gebühren für Euch und Eure Mitstudierenden durchzusetzen.“

Erhard Pumm
Vorsitzender des DGB Hamburg

„Studieren ist unbezahlte Arbeit. Welche Vorstellung von Studieren steckt eigentlich dahinter, wenn dafür eine Gebühr entrichtet werden soll? Offenbar dass Studierende anderer Leute Leistungen in Anspruch nehmen und selbst wenig bis nichts tun. Wer akzeptiert, dass Studieren eine Arbeitsleistung junger Erwachsener ist, wird nicht so leicht auf die Idee kommen, ihnen bzw. ihren Eltern dafür auch noch Geld abzuknöpfen. Studieren ist unbezahlte Arbeit. Deshalb muss man sich ein Studium leisten können. Deshalb müssen so viele Studierende daneben auch noch einer bezahlten Arbeit nachgehen, denn ihre Eltern können sich auf familiäre Finanzierung angewiesene erwachsene Kinder nicht leisten. Jetzt sollen sie darüber hinaus auch noch Studiengebühren bezahlen!“

www.boykotthamburg.de